

Gürtel der Volksbote.

Organ für die Interessen der werthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 224

Mit kurz illustrierten Sammlungen aus dem „Die Neue Welt“.

Fernsprecher Nr. 226

Der „Gürtel der Volksbote“ erscheint täglich zweimal (außer an Sonn- und Feiertagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expressen, Postausgabezeitung Nr. 10/12, und d. h. auf zu begießen. — Preis vierthalb Pf. — Et. 1.00. Monatlich 30 Pf. — Seite 1000 v. rechter Randweg.

Die Ausgabegebühr beträgt für die vierzeitige Bezahlung oder deren Teile 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsscheine nur 10 Pf. auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Ressort für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vorgelegt, größere tags vorher, in der Typebution abgegeben werden.

Nr. 283.

Freitag, den 2. Dezember 1904.

11. Jahr.

Frage einer Delegierten.

Deutscher Weißtag.

Original-Bericht des „Gürtel der Volksboten“.

Berlin, den 30. November 1904.

102. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Kommissare.

Das Haus ist schwach besetzt.
Auf der Tagesordnung stehen Resolutionen, die zum Etat des Reichsamts des Innern für 1904 gestellt worden waren und sich gegen den unlauteren Wettbewerb wenden, speziell sich mit dem Ausverkaufswesen befassen. Die drei Resolutionen Gröber (B.), Nettig (R.) und Pätzsch (R.) werden zur Beratung miteinander verbunden.

Koeven (B.) begründet die Resolution Gröber, welche Abänderung des Gesetzes betreffend den unlauteren Wettbewerb, Regelung des Ausverkaufswesens, Befreiung der Härten des Gesetzes über die Abzahlungsgeschäfte und Verbot der Gründung von Warenhäusern durch Beamte und Offiziere verlangt. — Die Entscheidung des Reichsgerichts, welche Nachschub von Waren bei Ausverkäufen gestattet, hat das Gesetz vom Jahre 1896 über den unlauteren Wettbewerb zum guten Teile illusorisch gemacht. § 1 muß — einfach auf dem Wege der authentischen Interpretation — dahin ausgelegt werden, daß jeder Nachschub von Waren für einen Ausverkauf verboten wird. So weit, wie die Nationalliberalen, wollen wir allerdings nicht gehen. — Wir wollen mit unserer Resolution die Grundzüge von Treu und Glauben schützen, an denen die Gewerbefreiheit eine Grenze haben muß. (Beifall im Zentrum.)

Nettig (R.) begründet eine von ihm im Namen der konservativen Fraktion eingebrachte Resolution, welche Vorlegung eines Gesetzes — möglichst noch in dieser Session — fordert, durch das die Anmeldepflicht für alle Ausverkäufe festgesetzt, die Veranstaltung von Scheinverkäufen und der Nachschub von Waren bei Ausverkäufen verboten wird. — Redner wahrt seiner Fraktion die Priorität für diese Anträge, erklärt, daß seine Freunde auch für die nationalliberalen und die Zentrumresolution in ihren ersten Teilen geschlossen stimmen würden. Gegen den letzten Absatz der Zentrumresolution — Verbot der Warenhausgründung durch Offiziere und Beamte — werde allerdings ein Teil der Konservativen stimmen.

Dr. Pätzsch (R.) begründet die Resolution seiner Fraktion. Diese verlangt, daß Ausverkäufe und Versteigerungen spätestens am vierten Tage vor ihrer Veranstaltung bei der Polizeibehörde angezeigt werden sollen, daß ein Verzeichnis der zum Verkauf bestimmten Warenbestände der Anzeige beigelegt werden muß und daß Geldstrafen bis zu 1500 Mark für die Verletzung dieser Bestimmungen festgesetzt werden sollen. — Redner regt an, die gesamten Resolutionen, betr. den unlauteren Wettbewerb, in einer Kommission zu beraten.

Pfeuß (SD): Um nötigsten wäre es wohl augenscheinlich, gegen den unlauteren Wettbewerb um die Gunst des Mittelstandes vorzugehen, der sich hier im Hause geltend macht. (Heiterkeit und sehr gut! b. d. Soz.) Durch alle diese Maßnahmen, die hier verlangt werden, ist dem Mittelstand nicht zu nützen; man kommt an Krankheitserscheinungen herum und sieht in Begleiterscheinungen die Ursache des Leidens. Die kleinen Praktiken, welche durch die Gesetzgebung unter Strafe gestellt werden sollen, werden durchweg nicht etwa von großen, sondern gerade von den kleineren und mittleren Geschäftsführern geübt, die von den Parteien der Rechten und der Mitte in besonderem Schutz genommen werden. Die reellsten und anständigsten Geschäftsführer versichern, daß man nicht ganz ohne sogenannte „Lockmittel“ auskommen könne, d. h. Artikel, die billiger verkauft, als sie eingekauft werden. Werden alle die Vorschläge Gesetz, die hier gemacht werden, so wird man eben neue Schleichwege ausfindig machen, um das Gesetz zu umgehen; das Leben ist viel zu beweglich, als daß man es durch Gesetze bannen könnte. Die nationalliberalen Partei scheint besessen zu sein, mit dem magren Ruhme, der ihr noch aus den Jahren der Reichsgründung geblieben, völlig aufzuräumen; sonst rechnete sie sich die Einführung der Gewerbefreiheit als einen Hauptzwecktitel a. a.; jetzt aber kommt sie mit Anträgen, welche völlig mit dem Prinzip der Gewerbefreiheit brechen; es will wenig sagen, daß sie die Polizeiaufsicht nicht Polizisten mit der Pickelhaube anvertraut; Polizisten ohne Pickelhaube sind oft noch viel schlimmer. — Was dem Kleinhandel noch am meisten hilft, sind Interessen: freilich verdürft das Interessenwesen völlig die Presse, denn es stellt sie — mit einziger Ausnahme der sozialdemokratischen Presse — völlig unter die Herrschaft der Interessen. Ich persönlich halte von den Abzahlungsgeschäften herzlich wenig; Konsumvereine und das beste Mittel gegen sie; aber gerade gegen die Konsumvereine zieht sich das heftigste Gefrei der Kleinhändler. — Daß den Beamtenkonsumvereinen fiskalische Gebäude zur Verfügung gestellt werden, halte auch ich nicht für richtig; übrigens bedürfen sie solcher künstlichen Förderung auch gar nicht. — Mit all den kleinen Mitteln, die Sie (nach rechts) vorschlagen, werden Sie dem jüng. selbständigen Mittelstande nicht aus die Beine hessen; er ist in ständiger Abnahme begriffen. Dagegen nimmt der neue Mittelstand der besser bezahlten Lohnarbeiter und Beamten fortwährend zu. — Wir legen auf Kommissionsberatung keinen Wert, sind aber bereit, mitzuarbeiten;

herauskommen wird allerdings bei der Sache nichts. (Bravo! b. d. Soz.)

Es ist ein Antrag Gröber (B.) eingegangen, die in der Resolution Pätzsch enthaltenen Gesetzesvorschläge den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen.

Dr. Müller-Meiningen (B.P.): Wir stehen nicht auf dem sozialdemokratischen Standpunkte, daß der jegliche Mittelstandrettunglos verloren ist. Das Gesetz von 1896 bedarf in der Tat der authentischen Interpretation. Der Antrag Pätzsch aber bedeutet, vor jedem Ausverkauf ein paar Schuhleute hinzustellen. Herr Pätzsch hat in seiner lex imperfecta, die in letzter Linie auf eine neue Bladerei des Mittelstandes hinausläuft, sogar den armen Reichskanzler hineingezogen, der doch mit der authentischen Interpretation von Telegrammen genugsam beschäftigt ist. (Gr. Heiterkeit!) Am sympathischsten ist von den vorliegenden Resolutionen noch die Resolution Gröber, die allerdings nicht viel besagt. (Zuruf links: Gerade deshalb! Gr. Heiterkeit!) Von gewisser Wichtigkeit würde es sein, der Besteckung von Angestellten in industriellen und kommerziellen Betrieben durch Lieferanten entgegenzuarbeiten. In der Schweiz hat man diesen Weg bereits beschritten, und ich möchte mindestens eine Enquete über diese Bestrebungen befürworten. Gegen die Überweisung dieser Resolutionen an die Regierung d. h. auf deutsch an den Papierkorb (Heiterkeit) habe ich nichts einzwenden. (Bravo! links.)

Lattmann (Antis.) hofft, daß die Erklärung des Vertreters der Sozialdemokratie, es würde gar nichts schaden, wenn der Mittelstand zu Grunde ginge, möglichst weit bekannt werde, damit sie die gebührende agitatorische Wirkung ausübe. Wir wollen nicht unlauteren, sondern lauteren Wettbewerb in der Hilfe für den Mittelstand. Ein Potsdamer Warenhaus hat in einem Jahre fünf Ausverkäufe in Szene gesetzt und zwar jedesmal unter einem neuen Vorname. (Heiterkeit, großartig! rechts.) Die Abzahlungsgeschäfte sind notwendig für die Armuten des Volkes. Es ist richtig, daß das Zentrum den Beamten und Offizieren die Freiheit lassen will, Mitglieder eines Konsumvereins zu sein. (Zuruf bei den Soz.: Und den Arbeitern nicht!) Jawohl, den Arbeitern auch, aber davon war nicht die Rede. (Beifall rechts und im Zentr.)

Doyle (F.P.): Alexander Meyer hat das Wort geprägt, das noch heute richtig ist: unlauterer Wettbewerb ist der, den ein anderer mir macht, lauterer, den ich einem anderen mache. (Heiterkeit.) Der nationalliberale Antrag stellt tatsächlich den ganzen Warenverkauf unter Polizeiaufsicht. Das geht nicht. Es gibt Ausverkäufe, die erlaubt sein müssen, wie z. B. Saison- und Nachlass-Ausverkäufe. Den Abzahlungsgeschäften liegt der gesunde Gedanke einer Ausdehnung eines Kredits auf die nichtvermögenden Klassen zu Grunde; es ist wahr, daß viele Mißbräuche dabei vorkommen, aber die Geschäftswelt als solche ist nicht entbehrliech. Ich glaube nicht, daß der Mittelstand zu Grunde gehen muß, ich glaube aber ebensoviel, daß ihm auf diesem Wege zu helfen ist. Das Richtige bleibt immer, ihn auf energische Selbsthilfe zu verweisen. (Bravo links.)

Gröber (B.): auf der Tribüne fast unverständlich) begründet aufs Neue seine Resolution und spricht über die Wichtigkeit des Mittelstandes. Redner verbreitet sich weiter über die Schäden der Warenhäuser. Manche Warenhäuser entschuldigen sich mit Verfehlungen ihrer Angestellten, wenn ihnen Nebertretungen des Gesetzes nachgewiesen werden. Besonders das Warenhaus Tieck hat in dieser Beziehung verschiedentlich Recht mit seinen Angestellten gehabt, aber anderseits merkwürdiger Weise immer das Glück, freigesprochen zu werden. Vorgegangen werden muß auch gegen das Geschäftskunstwerk der Warenhäuser. So verspricht ein Warenhaus in einer Klage bei einem Einkauf von zehn Mark als Gegenwert ein Boa, ein Kinderspielzeug, eine Uhr, Zeug für eine Bluse usw. (Zuruf links: Einzelne, nicht alles zusammen!) Davon steht in der Klage nichts. (Heiterkeit links). Man kann sie so und so auslegen. Solche Mandöver müßten gesetzlich verboten werden. Auf keinen Fall dürfen Inventurausverkäufe erlaubt sein. Denn Inventur kann man das ganze Jahr hindurch aufnehmen. Ebenso öfter die Konkurrenz ausverkäufe reichlich Gelegenheit zur Ausübung des unlauteren Wettbewerbs. (Beifall im Zentrum.)

Hennig (R.) fragt über die Schleuderkonkurrenz in der Provinz. Durch vagabundierende Kaufleute, die nur für wenige Tage einen Verlauf einrichten, wird der reelle Kaufmann und Handwerker geschädigt. Im geschäftlichen Leben hat die Gewissheit in den letzten Jahren zunommen. (Beifall rechts.)

Breitschi (Pole) spricht seine Sympathie für die angeregten Verbesserungen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb aus. Aber leider begünstigt die preußische Regierung aus politischen Gründen den unlauteren Wettbewerb. Auch das neue Anfeindungsgesetz in Preußen fällt unter das Gesetz vom unlauteren Wettbewerb. (Sehr richtig! b. d. Polen.)

Präsident Graf Ballerstrem ruft den Redner wegen dieser Anerkennung zur Ordnung.

Breitschi (Pole): Anders könnte ich meinen Wunsch nicht ausdrücken, daß die preußische Polenpolitik durch ein verbessertes Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb verhindert wird.

Präsident Graf Ballerstrem: Hier handelt es sich um den unlauteren Wettbewerb von Warenhäusern, Bazar-Geschäften u. s. w. Auf die Polenpolitik können Sie hierbei nicht eingehen.

Breitschi (Pole): Den Polen wird der Erwerb von

Grund und Boden dadurch unmöglich gemacht, daß sie besogen und betrogen werden.

Präsident Graf Ballerstrem ruft den Redner nun mehr zur Sache.

Breitschi (Pole): Wenn ich den Satz auch nicht vollenden darf, den Sinn haben Sie doch verstanden. (Gr. Heiterkeit). Gemischt Telegramme aus Berlin regen diesen unlauteren Wettbewerb direkt an. Das monarchische Gefühl des polnischen Volkes . . .

Präsident Graf Ballerstrem ruft den Redner zum zweiten Mal zur Ordnung und macht ihn auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen aufmerksam.

Breitschi (Pole): Ich wollte nur sagen (Große Heiterkeit), wenn das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb wirksam sein soll, dann muß es auf alle Gebiete ausgedehnt und von oben muß mit gutem Beispiel vorangegangen werden. (Bravo! b. d. Polen).

Kaab (Ant.) polemisiert gegen die Sozialdemokratie, die die geschäftlichen Ausschreibungen der Warenhäuser selbst am milde beurteilt. Dem müssen tieferen Ursachen zu Grunde liegen. Es handelt sich hier nicht um eine Überlegenheit des Großbetriebs, sondern um eine Anzahl mehr oder minder schmuglernder Mandöver. Auch die sozialdemokratische Presse nimmt Schwundannoncen auf, so der Vorwärts vom Sonntag, der einen „Ausverkauf“ wegen hauppfizialischer Vorschriften“ anzeigen und die Annahme eines Warenhauses enthalte, das für 3 Tage unentgeltliche Verteilung von Photographiebonds in Aussicht stellt. Die „Neue Welt“, deren obstreute Interesse auf einem sozialdemokratischen Parteitag erwähnt worden sind, leistet sich einen besonderen Interessenredakteur mit dem klugvollen Namen Cohen. (Lachen b. d. Soziald.) Die Sozialdemokratie will aber den Mittelstand zu Grunde gehen lassen, weil er ihr im Wege steht. Das „Hambo“ schreibt: Die Erhaltung des Mittelstandes sei nicht wünschenswert, weil sie den Fortschritt hemme. (Sehr richtig! b. d. Soziald.) Nur bei den Wahlen wird es verschwiegen. Der Mittelstand hat keinen schlimmeren Feind, als die Sozialdemokratie. (Bravo! rechts.)

Vieraus vertagt sich das Haus.

Der Präsident teilt mit, daß der morgige Tag sitzungsfrei bleibt, damit die Fraktionen den Etat studieren.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Rest der heutigen Tagesordnung: unlauterer Wettbewerb. Berggesetz. Invalidenversicherung.)

Schluß 5½ Uhr.

Politische Standpunkte.

Sozialdemokrat.

Neue preußisch-russische Liebesdienste. Wir melden fürztlich, daß die neueste russisch-preußische Heldensage in der Erfolgung des deutschen Reichsangehörigen, welche russischen Flüchtlinge und Auswanderer bei ihrem Fortkommen behilflich waren, besteht. Nunmehr ist der „Voro“ in der Lage, in dieser Angelegenheit folgendes mitzuteilen:

Schon vor ungefähr drei Wochen wurden dem Lütticher Schöffengericht drei russische Flüchtlinge aus der Untersuchungshaft vorgeführt, die beschuldigt wurden, daß Russland, nämlich den Regierungsbezirk Gambirken, besaßen zu haben, ohne im Besitz ordnungsmäßig ausgestellter Pässe zu sein und den Verzug unternommen zu haben, als Auswanderer Deutschland zu passieren, ohne sich in den von Ballin errichteten Kontrollstationen untersuchen zu lassen. Mitangeklagt war aber auch ein deutscher Reichsangehöriger, ein junger Kaufmann aus Memel, dem zur Last gelegt wurde, den Russen bei sich bei den von ihnen angelegten Flüchtlingen waren am 27. Oktober auf dem Lütticher Bahnhof von dem dort zur Überwachung russischer Auswanderer stationierten Gendarmerie verhaftet worden. In ihrer Bekleidung befand sich der mitangesetzte deutsche Reichsangehörige. Vor dem Schöffengericht erklärten die Russen überstimmend, daß sie nicht nach Amerika, sondern nach England wollten. Der deutsche Reichsangehörige gab zu, daß er den Russen behilflich sein wollte, daß sie nach England kämen.

Das Schöffengericht in Lüttich verurteilte sämtliche Angeklagten. Die Russen wurden zu je 10 M. Geldstrafe und der Memeler deutsche Reichsangehörige zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Die Verurteilung führt sich auf zwei Verordnungen des Regierungspräsidenten zu Gambirken, die das Betreten des deutschen Reichsgebietes von Russen ohne ordnungsgemäß ausgestellte Pässe und das Umgehen der von Ballin errichteten Kontrollstationen seltens russischer Auswanderer unter Strafe stellen.

Den Russen wurde die Geldstrafe gleich von dem ihnen bei ihrer Verhaftung abgenommenen Gelde in Abzug gebracht, worauf sie aus der Haft entlassen wurden. Was aus ihnen weiter geworden ist, haben wir nicht in Erfahrung bringen können.

In der letzten Woche wurde nun wieder gegen zwei russische Flüchtlinge vor dem Lütticher Schöffengericht verhandelt. Diese sind Ende September auf dem Lütticher Bahnhof verhaftet, zwischen aber auf Betreiben ihres Verteidigers, Justizrat Götz in Lüttich, wieder entlassen worden und bereits nach Amerika gelangt. Diese wurden beschuldigt, deutsches Reichsgebiet, und zwar wieder den Regierungsp

beziß Gumbinner, ohne Pässe und ohne die für russische Auswanderer, die sich frei bewegen wollen, vorgeschriebene Bargeldsumme von 400 Rbl. bei sich zu haben, betreten zu haben. Auch in diesem Falle kam das Tilsiter Schöffengericht zu einer Verurteilung der beiden russischen Flüchtlinge auf Grund der oben erwähnten Befehlungen des Regierungspräsidenten zu Gumbinnen. Die Strafe wurde auf je 20 Rbl. bemessen.

Wir wissen nicht, ob gegen diese beiden Urteile Berufung eingeregt worden ist und ob dadurch einer höheren Instanz Gelegenheit geboten wird, über die Rechtsgültigkeit dieser Urteile zu befinden. Sollten diese beiden Urteile aber Rechtskraft erlangen und sollte weiter nach dieser Proxie verfahren werden, so eröffnen sich für russische Deserteure recht nette Aussichten. Sie müßten dann nicht nur weiter an Wallen ihren Tribut zahlen, sondern auch an das Deutsche Reich. Dann es ist doch ein Uding von russischen Deserteuren zu verlangen, daß sie mit regelrechtem ausgestatteten russischen Pässen nach Deutschland kommen. Dem deutschen Kaiser hätte allerdings damit gedient, wenn man jedem russischen Deserteur dazu anhalten könnte, sein Scheitlein bezutragen, um die Finanzen des Deutschen Reiches aufzubessern. Bei der großen Zahl russischer Deserteure, die augenscheinlich Deutschland passieren, würden auch ganz erhebliche Summen zusammenkommen.“ — —

Das Vorgehen preußischer Gerichte sowohl gegenüber den Russen als auch gegenüber dem Deutschen findet zweifellos die entschiedenste Beurteilung eines jeden Menschen, dessen Hirn noch nicht wußtigiert ist. Zu Urteilen halten wir die Beurteilungen für Handlungen, die mit den bestehenden Reichen-Gesetzen nicht in Einklang zu bringen sind. Die Russenfreundlichkeit Preußens führt uns immer auf eine schäfe Ebene!

Da haben wir's! Die Handelsverträge verhandlungen mit Österreich-Ungarn sind formal abgeschlossen worden. Bosz ist mit den Mitgliedern der deutschen Kommission bereits abgereist. Die Wiedereröffnung der Verhandlungen kann jetzt nur noch von Österreich erfolgen. Gelingt das nicht, kann haben wir den von den Ungarn so heiß ersehnten Sieg mit seinen für die deutsche Industrie und Arbeiterschaft so unheilvollen

Sie hören, daß ich ein Geschäft! In einer un-
genehmten Weise befrieden sich diejenigen preußischen Land-
tagsschreiber zu betonen, die zugleich im Besitz eines
Stellvertreters sind. Deponieren sie auf ihre
Reichstagswürde, also gratis gereift sind, haben sie sich
doch vom Staat das Recht erworben, einer alten Ge-
pflogenheit in besonderen Fällen vorgehen lassen. Die Land-
tagsschreibernehmen erhalten nämlich nur freie Fahrt zwischen
Berlin und ihrer Stimme zum Beginn und Schluss der
Sessien. Alles was befreit ist, ist nun bis Subskriptionsfällen
bei Landtagsschreibern dieser Angelegenheit, nachdem zwei Ab-
geordnete, welche auf ihre Reichstagswürde gereift waren,
die Reisekosten nicht zu entlasten hatten. Die
Kommission habe zwar keinen Besuch, empfängt aber den
Besuch, es sei manchmal zu befallen. Die Landtags-
abgeordneten mit Reichstagswürden können also vom Staat
Reisekosten entlasten, die sie gereift beschrift haben. Rette
Rauschend!

HörerInnen vor dem Landtag. Die preußische Abgeordnetenkammer begann am Dienstag die erste Sitzung der Siedlungs- und der Befreiung des Staates an der Bergbaufreilichtfest Hörnchen zu Berne. Gleichzeitig kommt es hierher, daß die Regierung die Genehmigung nachläßt, von der Deutschen Bank einen Betrag bis höchstens 50 Millionen im Monatsbaroge von 27% Millionen Rent zu erwerben und zu diesem Betrag einen Rückzug bis zu 60% Millionen je zu bewilligen. Die zahlreichen Schätzungen hatten, umsonst geglaubt. Die Debatte liegt mit einer solche tomige als jeder kann sie die Präsidentenwahl abholen ein, der unter Gefahr gegen die der gesetzlichen Wahlen fahrlässig gegenüberstehenden Partei das Subjektivität schafft sie ein 100% vertragliches Ergebnis, der Präsident geht sie wieder mit den Eltern der beiden Nachkommen. Er verzweigt nicht zu Mutter, daß sehr leichtsprühe die Ausbildung dieser Menschen, aber er will trotzdem dem Staat einen unbekannten Grund auf die Höhe der Rechtsordnung rufen. Das über diese Ressort nach dem Haushaltsermi. Es eine Verhandlung, die gemeinsame Reaktionen durch die Regierung nicht, wie der Minister zuständig ist, aber kann die Gründe die den Staatsministerien zu einem jenen Zeitpunkt nicht geben, mußte doch diese in seinem gegebenen Bereiches sind das bestrebt war die Menschen und die Gott angekündigt habe Schriften an die Zukunft und eine gewisse Götter. Nach darüber, selbst die Regierung nicht so verpflichtet, als Werke hat der Genehmigung der Staatsregierung, erfolgt eine Meldung. Siehe wird dies in der Sonderkasse aufgeführt, da die Schiffe ausnahmsweise werden wird. Die Abgabekasse aufnahmestellen sich an der Siedlung der Siedlung der Industrie, die Stadt, in Berlin, in Berlin, und in Berlin, (d) Siedlung ist hier nur das Verhältnis zwischen dem ersten und zweiten Geschäft der Siedlung der Siedlung, es heißt, daß der Stadl, wenn es ein im Sinne des Regierungsberichts in Siedlung ist, gegen die Bergarbeiter vergeben kann. Siedlung ist gegen die ersten Fälle; die

zur Ausbildung der sozialen und der politischen Tugenden. Das sind die Hauptziele der gesetzlichen Bildung und Schule, die Ergebnisse dieser in den Geschäftsbüchern und anderen Geschäftsbüchern liegen, nicht nur aufgeschrieben, sondern auch im praktischen Leben erprobt und gelehrt. So ist daher die praktische Erfahrung in bezug auf Geschäftsbücher mit dem Unterricht verknüpft. Das Geschäft ist der Ort, dass die Schüler der Praktischen Schulen lernen, die gleichzeitig den Park bildungsfördernden Zweck (3) eines handelswirtschaftlichen Schulen der Hl. Schriften (38) und des ehem. Gewerbeschulwesens (39), der Gelehrten (38) und der Künste gegen die Bevölkerung sowie die Geschäftsbücher ausarbeiten und, wenn es nicht anders ist, als die Geschäftsbücher in Form von praktischen Exemplaren zu empfehlen. Einige der Geschäftsbücher der Praktischen Schulen sind die folgenden: Beobachtungen über das Recht und das Rechtssystem des Staates, bei Hl. Schriften (38), bei Gelehrten (38) und Künsten (38). — Die nächsten werden die Beobachtungen über das Recht und das Rechtssystem des Staates, bei Hl. Schriften (38), bei Gelehrten (38) und Künsten (38). — Die nächsten werden die Beobachtungen über das Recht und das Rechtssystem des Staates, bei Hl. Schriften (38), bei Gelehrten (38) und Künsten (38).

erklärt hatte, zog der Nationalliberalen v. Eyner in heftigen Worten gegen den langen Röller zu Felde, was diesen zu einer erregten Antwort veranlaßte. Darauf wurde die Vorlage der Budgetkommission überwiesen.

Erschrockter Patriotismus. Bei der gegenwärtigen Wahlkampagne im Reichstagswahlkreise Jerichow mar- schieren natürlich auch die Kriegervereine auf, um Stellung gegen den „inneren Feind“ zu nehmen. Der Kriegerverband Jerichow 2 hat durch seinen Vorsitzenden, den Major a. D. v. Bären, ein Rundschreiben an die Vereinsmitglieder unter dem Datum des 10. November erlassen, das dem Zweck dient, alle Kriegervereinler für v. Brauchitsch oder vom Rath an die Wahlurne zu bringen. In dem Rundschreiben heißt es von der Sozialdemokratie, sie sei der „geschworene Feind von Kaiser und Reich.“ Vaterlandsliebe sei „leerer Wahnsinn“ für sie und „patriotische Gefühle“ werde von ihr „verhöhnt und geschmäht.“ Weiter wird gesagt: „Wer daher einem Sozialdemokraten die Stimme bei der Wahl gibt, bringt die beim Eintritt in den Kriegerverein gelobte Treue; er muß ausgeschlossen werden und geht damit aller erworbenen Anrechte an den Verein, den Kreisverband, den Landesverband und den deutschen Kriegerbund verlustig.“ Es ist der alte Standart. Man will die Krieger durch Bedrohung mit wirtschaftlichen Maßnahmen zu ordnungsparteilicher Wahl veranlassen. Das stellt dem Patriotismus, der in Kriegervereinen gepflegt wird, das schlechteste Beispiel aus. Er wirkt nicht durch sich selbst, er muß erzwungen werden. Damit ist der kriegervereinliche Hurrapatriotismus auch gerichtet. Die Sozialdemokratie würde sich etwas vergeben, wenn sie sich gegen den Vorwurf der Spiz Bären, Brauchitsch und Genossen, sie sei unpatriotisch im kriegervereinlichen Sinne, verteidigen wollte. Bei dieser Art von Patriotismus, dessen Verfolgung nur durch Zwangsmittel erreicht werden kann, verwahrt sich nicht nur die Sozialdemokratie, sondern jeder anständige Mensch.

Eine Protestversammlung gegen die Bestrebungen, die eine Verteilung des Domänenabfommens in Gotha befürworten, fand am Sonntag in der Stadt Gotha statt. Nach einer Rede des Reichstagsabgeordneten Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach wurde folgende Resolution ausgesprochen: Mit tiefstem Unwillen hat die Versammlung Kenntnis genommen von traurigen Maßnahmen, die einer im Durchein arbeitenden Alique unverantwortlicher Ratgeber des kommenden Herzogs, die die vom Lande und dem herzoglichen Hause gleich rücksichtige Verarbeitung zu Fülle bringen wollen. Die Ratsversammlung erhebt zusammen den Protest gegen jede Absicht, das neue Abkommen zu ändern, und betrachtet das als das Mindeste, was Land und Bevölkerung zu beanspruchen haben, und als eine gerechte, den Zeitenbedürfnissen entsprechende Erweiterung der frühtigen Forderung. Die Versammlung verspricht, bis auf den letzten Mann den Kampf mit aller Energie zu führen, bis eine für das Land befriedigende Lösung des Domänenabfommens erreicht ist. Sie wünscht ferner die Erwartung an, daß der kommende Herzog dem neuen Domänenabfommens in der vom Landtag in Überreinigung mit dem Ministerium Heilig vereinbarten Fassung seine Zustimmung erteile.

Der Ernst der Lage in Südwestsafrika erhebt
sich aus folgender, dem „Standard“ aus Kapstadt zu-
gezogener Nachricht: Die Lage der Ansiedler in
Deutsch-Südwestafrika ist äußerst ernst. Eine
Drohung aus Upington meldet, daß fünfzig Hollän-
dische Ansiedler von den Afrikanischen feisten Blutes
ermordet wurden und daß die weißen Frauen
und Kinder aus ihren Häusern nach dem Gordonia-
distrikte der Kavallerie fliehen, wo Schritte getroffen
werden, ihnen Rückhalt zu leisten. Von verfehlten Ge-
sichter festen Nachrichten von Wallen werden auf
deutschem Gebiet durch die Hollentrotzen
ein. — Damals war noch eine Kolonialpolitik eine
reine Sappo eingedrungen. Heute nur, daß der angesuldige
die Partei in Wiesbaden aufzustellen wußt.

Zeit des deutschen Kriegs dieselbe geschlossen war.
kleine politische Nachrichten. Der deutsch-ser-
bische Handelsvertrag ist abgeschlossen. — Die
freimaurigen Freiden haben im Reichstag eine Re-
volution ergebracht, in der sie eine Reform des
Stiftungsvertrages beweisen fordern. — Die Kanal-
kommission hat Abgesetztenhaus nahtlos den Groß-
schiffahrtsweg Berlin-Stettin mit 27 gegen
4 Stimmen an. — Zu der Affäre des Mechanikers Meier-
hauer in Jena, der am 15. November unter dem Verdacht
des Versuchs militärischer Geheimnisse ver-
haftet und seither eingesperrt ist, kann weiter mitgeteilt
werden, daß am Sonnabend auch dessen Schwager Th. in
Grenzenhain verhaftet wurde. Th. soll der Mittäter er-
wählt werden. Nachdem man denselben seinem
Schwager gegenübergestellt hätte, wurden am Montag
diese nach dem Landgerichtsgefängnis Weimar überge-
führt. — Der französische Kriegsminister hat sämt-
liche Compagnieschiffe aufgefordert, alle schwind-
lurchsetzähigen Soldaten zu entlassen.
In Paris kommen rund 7000 Mann. — Aus Kon-
stantinopel wird gemeldet: Sonntag drang eine an-
geblich 160 Mann starke griechische Bande in das
bulgarische Dorf Zelenic im Vilajet Monapir,
und tötete 13 Personen. Die Bande entstammt, obgleich
in dem zwei Kilometer entfernten Nesska, wo sich eine
Turkengarnitur befindet, die von der Bande abgegebenen
Gefangen waren.

zu sein; die mehr trifft man wohl das Richtige
zu tun, daß die Befreiung, durch die Freigabe
der Menschen aus der Sklaverei die Wei-
terentwicklung der die Menschenrechte zu er-

→ References

Südsee und Südberggebiete.

Sommerfahrt vom 1. September 1904

vernünftigerweise in die Lagesstunden verlegt werden, was im Interesse der Lehrlinge nur zu begrüßen ist. Allerdings unterliegt dieser Plan der Handelskammer noch der Zustimmung von Senat und Bürgerschaft, die hoffentlich nicht versagt wird. Wir möchten in Anschluß hieran gleich den Wunsch ausdrücken, daß auch der Besuch der Gewerbeschule für alle Handwerkslehrlinge obligatorisch gemacht werden möge; denn es ist nicht einzusehen, warum nur ein Bruchteil der jungen Leute, die bei manchem Handwerkmeister nur eine höchst zweifelhafte Ausbildung genießen, des Vorteils des Gewerbeschulbesuchs teilhaftig werden soll. Selbstverständlich ist es notwendig, daß auch bei diesen Lehrlingen der Unterricht am Tage erteilt wird. Wenn der Lehrling 10 bis 12 Stunden tätig gewesen ist, so bedarf er der Ruhe und sein Geist ist nicht mehr so empfänglich für die Worte des Lehrers, wie es im Interesse eines geordneten und fruchtbaren Unterrichts notwendig ist. Hoffenlich wird dieser Vorschlag bei der Beratung des Anticonges der Handelskammer mit in Berücksichtigung gezogen.

Ausnahmetage für offene Verkaufsstellen. Auf Grund der §§ 139 d und 139 e der Reichsgewerbeordnung in der Fassung vom 26. Juli 1900 wird vom Polizeiamt für das Jahr 1905 bestimmt: Die offenen Verkaufsstellen dürfen am 15. April, 22. April, 10. Juni, 15. Juli, 13., 14., 15., 16., 18., 19., 20., 21., 22., 23. und 30. Dezember bis 10 Uhr abends für den geschäftlichen Verkehr geöffnet sein. Für diese Tage finden zugleich die Bestimmungen des § 139 c, nach welchen den Gehüßen, Lehrlingen und Arbeitern in offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörigen Schreinstuben (Kontoren) und Lagerräumen eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 10 beziehungsweise 11 Stunden, sowie Mittagspausen von bestimmter Dauer zu gewähren sind, keine Anwendung. Während der Zeit, während welcher die Verkaufsstellen geschlossen sein müssen, ist das Feilbieten von Waren auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten oder ohne vorherige Bestellung von Haus zu Haus im stehenden Gewerbebetriebe sowie im Gewerbebetriebe im Umherziehen verboten.

„Die Madonna mit dem Rosenbusch“. Der Prozeß des Schriftstellers Adolf Paul gegen die Vorstandemitglieder des Hamburger Vereins zur Hebung der öffentlichen Sittlichkeit gelangte gestern vor der Strafkammer in Hamburg zur Verhandlung. Die Berufung der Verurteilten und des Klägers wurden verworfen und das Urteil des Schöffengerichts bestätigt, durch daß die acht Beflagten in je 50 Mk. Geldstrafe, außerdem drei dieser Herren wegen eines Eingesandts in den „Hamb. Staats.“ in 25 Mk. Geldstrafe genommen worden waren. Der Kläger hat Publicationsbesugnis erhalten.

Die wirtschaftliche Lage der Lübecker Bevölkerung ist wenig günstig, damit begründet die Hanja-Brauerei den Rückgang ihres Bierkonsums. An Dividende werden 6½ Prozent geahlt.

Stadt-Theater. Aus dem Theater-Bureau schreibt man: Am Freitag findet bei kleinen Preisen die letzte Aufführung von "Alt-Heidelberg" statt. Es sei schon jetzt darauf hingewiesen, daß Sonnabend, den 3. Dezember, in der Einrichtung des Hoftheaters in München "Figaro's Hochzeit" in Szene geht.

Namenänderung. Der Senat hat Wolfgang Alexander Karl Max Brüzer-Bergengrün und Werner Max Oskar Paul Bergengrün den Familiennamen Bergengrün verliehen.

Achtung, Zimmerer! Über die Firma Helfmann & Co. (Bahnhofsbau) ist die Sperre verhängt. Die

Kleine polizeiliche Nachrichten. Gegen einen biesigen Fuhrmann wurde Anzeige wegen Hausfriedensbruch erstatet. — Am Dienstag den 29. v. Mts. wurde vom Hause des Hauses Königstraße 52 ein Sac mit 100 Pf. Kartoffeln gestohlen. — Einem Bäckermeister aus Gr. Gröden wurde am 30. v. Mts. im Balauerlsch von seinem Wagen ein Schwarzbrot entwendet. — Ein Kaufmann brachte zur Anzeige, daß ihm aus einem Eisenbahnwagen etwa

Schwartau. Bei der Gemeinderats-Gründungswahl, die am Mittwoch stattfand, erhielten die von unserer Seite aufgestellten Kandidaten folgende

Stimmenzahl: Arbeiter Rieger 201, Drechsler Zeidler 198, Hobelmeister Schrey 193, Arbeiter Bornholdt 193, Arbeiter Wieschnewski 193 und Maurer Jacobsen 191. Auf die Kandidaten der „Ordnungsparteien“ entfielen nachstehende Stimmen: Schornsteinfegermeister Ledenig 193, Fabrikant Jade 191, Rentier Jürgens 182, Rentier Haasch 181, Kässirer Gieß 178 und Fabrikant Steinsfeldt 171. Die Namen der Gewählten sind gevertt gedruckt. Unsere Fraktion im Gemeinderat, die bisher 3 Mann stark war, wird nach dem Ergebnis der Wahl um 5 verstärkt werden, und zählt somit 8 Mitglieder. Da der Gemeinderat aus 12 Personen besteht, so haben wir jetzt die Majorität in demselben gesichert. Brana!

Erlangt. Brando! Gemeinderatswahl. Bei der gestrigen Gemeinderatswahl wurden gewählt: Döhler mit 510, Rebenstorff (Soz.) mit 504, Höppner mit 484, Spethmann mit 346, Boß mit 310 und Estorf mit 289 Stimmen. Unser Genosse Siejemer, der auch mit auf der Kommunalwähle stand, wurde von den Nationalsozialen treulos im Stich gelassen und unterlag mit 277 Stimmen. Es wird hierdurch wieder rechtdeutlich bewiesen, wie wenig sich bürgerliche Kreise an getroffene Abmachungen halten. Jedenfalls wird der Ausfall der Wahl unseren Parteigenossen eine empfindliche Ehre sein. Die vom Casino und vom Bürgerverein auf-

gestellten Listen erhalten 248 resp. 237 Stimmen.
Entin (Landgemeinde). Gemeinde erfasst wahrs.
Die Liste der Bauern erhielt 93 Stimmen, während unsere
Gesellen es bis auf 92 Stimmen brachten. Somit haben
die Bauern mit einer Stimme Mehrheit gestellt.

Aus der Kreislerbewegung der Nachbargebiete. Durch Wahl des Vorstandes und Ausschusses ist der Posten des besoldeten Gauvorsteher's im Gau Hamburg des Deutschen Holzarbeiterverbandes dem Kollegen Albert Stöcke in Hamburg übertragen worden, welcher denselben am 1. Januar 1905 antreten wird. — Achtung, Zimmerer! Läßt er die Arbeitsstelle bei der Firma Holzmann u. Co. in Wilhelmshaven ist die Sperrre verhängt worden, weil der Lohn- und Arbeitskatalog nicht innegehalten ist. Zugang ist fernzuhalten!

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Senator Dr. Herz, der langjährige Chef des hamburgischen Justizwesens, hat dem Senat mitgeteilt, daß er fernerhin die Last seines Amtes nicht tragen könne und in den Ruhestand trete. Senator Dr. Herz war am 14. Dezember 1887 in den Senat gewählt. Die Neuwahl eines juristischen Senators ist auf Montag den 5. Dezember fixiert.

Dienstag morgen kam in der Scheune des Gostwirts Höfert in Granzin bei Bremmin Feuer auf, welches das umfangreiche Gebäude bis auf den Grund einäscherte. Seitdem bis jetzt zu ermitteln gewesen ist, sollen Möbeln, beträchtliche Futtervorräte und auch Schweine zuverbrannt sein. Das Reichsgericht hat die eingeklagte Revision des ehemaligen Verwaltungsbauamtsleiters Kieß in Neustrelitz gegen seine Verurteilung verworfen. In Bremen bei Neubrandenburg wurde Dienstag nachmittag von Knechten, die mit Holzzerkleinerern beschäftigt waren, unter einem Holzstapel die Leiche der vor einigen Wochen ermordeten Schnitterin Marie Wiczorek gefunden. Die Rettungsstation Stolpmünde der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger in Bremen telegraphiert: Am 30. November wurden von dem östwärts des Hafens gestrandeten Dreimastsschoner "John Hiltz", Kapitän Jacobsen, mit Steinen von Bornholm nach Stolpmünde bestimmt, drei Personen durch das Rettungsboot "General Boltmeier" nach der Station gerettet.

Hamburg. Zwei schwere Urteile. Vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts stand Montag der Vorsitzende der Ortsgruppe Hamburg des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter, Genosse Himpel, unter der Anklage, das Gewerbegegericht, resp. den Vorsitzenden des Gewerbegegerichts, Rat Bonen, beleidigt zu haben. Himpel soll nach dem Stenogramm eines Polizeibeamten in einer Sitzung des Gewerkschaftskartells, dessen Delegierter er ist, mit Bezug auf den Schiedsgerichtsspruch des Gewerbegegerichts anlässlich des Streits der Brauereiarbeiter als Einigungsamt im Bierboykott geäußert haben: "Diesen Halunken sprach können wir nicht annehmen." Der Senat hat daraufhin Anklage wegen Beleidigung gestellt. Himpel behauptete nun, daß er geäußert habe: "So wie der Spruch lautet kann ich ihn nicht meinen Kollegen zur Annahme empfehlen, das wäre ein Halunkenstreich." Mehrere als Zeugen vernommene Kartelldelegierte wollen auch nur diese Worte vernommen haben, während der überwachende Polizeibeamte sein Stenogramm für richtig erklärt, und hinzufügt, nach der Auseinandersetzung Himpels sei eine lebhafte Bewegung durch die Versammlung gegangen. Das Gericht glaubte diesem Polizeibeamten mehr und verurteilte Himpel zu einem Monat Gefängnis. Selbst der Weiser Btg. erscheint es "nicht ganz unbedenklich, auf die Aussage eines Polizeibeamten allein ein so schweres Urteil zu führen." Vor der Strafkammer desselben Landgerichts stand der Redakteur des "Bürokrat" der Eisenbahner, Gewerkschaftsorgan der Eisenbahner, Genosse Jochade, unter der Anklage, die Eisenbahndirektion Kassel durch einen Artikel in seinem Blatte beleidigt zu haben. Er behauptete in diesem Artikel, daß die Mitglieder der Direktion von der ihnen zur Belohnung überwiesenen Summe von 45 000 Mk. für Weihnachtsgratifikationen sich erst mit je 1500 Mark bedacht hätten; der Test sei in kleineren Beträgen derartig verteilt worden, daß die Unterbeamten mit wenigen Ausnahmen leer ausgegangen. Auch in einem ferneren Artikel Jesu Sirach 13: "Wer Pech angreift, besudelt sich" soll er zum Klassenhaß aufgerieben haben. Die leichte Anklage

wurde fallen gelassen, da der "Bürokrat" nur für die Eisenbahner bestimmt ist; das Gericht verurteilte aber den Angeklagten wegen Beleidigung der Eisenbahndirektion Kassel zu drei Monaten Gefängnis.

Neumünster. Zum besoldeten Parteiseiter für die Provinz Schleswig-Holstein ist von der Siebener-Kommission, die in Hamburg tagte, Genosse Saalfeld aus Hamburg gewählt worden. Genosse Saalfeld wird sein Amt am 1. Januar 1905 antreten.

Kiel. Die Mandate unserer Genossen Adler und Weber wurden von der Stadtverordnetenversammlung für gültig erklärt. Das Kriegsgericht verurteilte den Feuermeistermaat Willich wegen versuchter Besteigung eines Vorzeckten zur Erreichung eines Urlaubs zu 45 Tagen Gefängnis und Degradation. In dem bekannten Prozeß des Nestaurateurs Laedwig gegen die Stadt Kiel wegen Erfuges des Schadens, der ihm durch die üblen Gerüchte der Poudretrieffabrik erwachsen ist, hat das Oberlandesgericht ein Teilstück gefällt und die Stadt Kiel verurteilt, dem Kläger von Inbetriebnahme der Fabrik, Ende September 1901, bis zum 10. August 1904 den Schaden zu erzeigen. Die Stadt hat die Kosten zu tragen.

Tönning. Stadtverordnetenwahl. Bei der Stadtverordnetenwahl am Dienstag wurden Bankdirektor Brandes mit 246 und Hotelbesitzer Groth mit 245 Stimmen gewählt. Unrechte Genossen Werftschüler Herberich und former Kluge erhielten 23 resp. 223 Stimmen.

Nehu. Im Trübensee wollte in Altona ein "Kaufmann" Trick von hier. Er reiste nach Altona und informierte von dort aus im Lübecker General-Anzeiger, daß Herren gebildeter Stände mühslos Geld verdienen könnten. Die eingehenden Anfragen ließen er sich in sein Logis in der Mörkenstraße senden. Jede Anfrage mußte eine Mark in Briefmarken beigelegt werden. Die Polizei war aufmerksam auf dieses Interat geworden und sorgte nach. Dabei kam der Schlußpunkt des Schwindlers heraus und er wurde in seinem Logis verhaftet.

Malchin. Vom Landtag. Welcher Geist die mecklenburgischen Landtagsabgeordneten beherrscht, das bewies wieder einmal die Sitzung am 28. November. Es lag vor einem Gespräch um Anstellung von Schülern in Mecklenburg. Gesuchsteller ist der Tierarzt C. Ungerstein in Grevesmühlen. Nach einigen berichtigenden Ausführungen des Bürgermeisters Melch-Grevesmühlen beschloß man, so wird berichtet, den Antrag auf sich zu berufen zu lassen. Ja, ja, die Ritter und die Schule, die stehen zu einander wie Feuer zum Wasser. Von der mecklenburgischen Regierung beschämt werden jetzt die "ehrlichen" Handwerksmeister. Die letzteren stemmten und stemmten sich nämlich mit aller Gewalt gegen die für Mecklenburg geplante soziale Maßnahme, nach der der Gewerbelehrunterricht auf die Tageszeit der Werkstage zu verlegen ist. Jetzt hat im weiteren Verlauf der bereits im Vorjahr angeregten Reorganisation der Gewerbeschulen die Regierung beim

Landtag einen Verordnungsentwurf eingebraucht, durch den vom 1. Mai 1905 ab Schulzwaing eingeführt und die Bestimmung getroffen wird, daß Gewerbeschulunterricht nur auf Werktagen und nicht über 8 Uhr abends hinaus erteilt werden darf. Uns befiehlt diese Vorlage aber noch lange nicht. Denn wenn z. B. die Stunden der Gewerbeschule abends um 6 Uhr erst beginnen, dann haben die viel beschäftigten Lehrlinge oft eine tägliche Arbeitszeit von acht Stunden und darüber hinter sich!

Zeite Nachrichten.

Winzendorf. Drei Fischer ertranken. In der Nacht ertranken in der Bootsfahrt drei Fischer durch Kentern des Bootes; der vierte Insasse des Bootes konnte sich retten.

Essen. Im Gelsenkirchener Wasserwerksprozeß erkannte der Gerichtshof wegen Nahrungsmitteleinfälschung gegen Hegener auf 1200 Mark Geldstrafe event. 120 Tage Gefängnis, gegen Böfudel und Schmidt auf je 1500 Mark Geldstrafe event. 150 Tage Gefängnis, wegen Beihilfe gegen Kiesendahl auf 200 Mark Geldstrafe event. 20 Tage Gefängnis. Sämtliche Verurteilte legten Revision ein.

Mühlhausen. Ein betrügerischer Rechtsanwalt. Die Strafkammer verurteilte den früheren Rechtsanwalt Stadelmann wegen Betruges und Urkundensäufschung zu fünf Jahren Gefängnis und Fahrverbot.

Leesum. Dreifacher Mord. Im benachbarten Helmsdorf ist die Ehefrau eines Bürgers, die sich allein mit ihren vier Kindern im Hause befand, ermordet worden, ebenso zwei ihrer Kinder. Außer den beiden getöteten Kindern sind noch zwei andere verletzt. Als Mörder gilt der entflohenen Schnitter Stanislaus Schulz, welcher schon wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wurde.

Kiew. Trauriger Ausgang einer Hochzeitsfeier. In Kotelniki ertranken, wie die "Kattowitzer Zeitung" meldet, bei einer Hochzeitsfeier 20 Personen durch den Bruch von vergiftetem Schnaps. Sämtliche 20 Personen sind unter furchtbaren Schmerzen gestorben.

London. An Bord des Dienstbootes des englischen Kreuzers "Bermuda" erfolgte durch Versuche mit Schiebaumwolle eine Fesselexplosion, durch welche drei Mann getötet, mehrere schwer verletzt wurden.

Abende Maritätsfeiere vom 30. November.

Baum-Büttel Pf. 1,20 Mt. Meierei-Büttel Pf. 1,35 Mt., Hafen St. 2,00 Mt. Einen St. 2,70 Mt. Süderh. 2,20 Mt., Süder St. 1,60 Mt., Süder St. 1,40 Mt., Larven St. 0,50 Mt., Bänke Pf. 0,60 Mt., Bänke Pf. 0,50 Mt., Süderh. Pf. 0,40 Mt., Schuh Pf. 1,10 Mt., Bunt Pf. 1,20 Mt., Tier 6 St. 0,80 Pf., Käufe Pf. 1.— Btg. Ger. Lachs Pf. 1—2,40 Mt., Karpfen Pf. 0,80 Pf., Gedre. Pf. 0,60 Pf., Barbe Pf. 0,60 Pf., Kai Pf. 0,90 Mt.

Mühlenstraße Nr. 8.

nach wie vor

Hamburger Schwarzen Krautzen

gut abgelagerte Zigaretten, Nach-, Kau- und Schnupftabak in bekannter Güte.

Mühlenstrasse Nr. 8.

Nach kurzer schwerer Krankheit starb am 29. November, abends 6½ Uhr mein lieber Mann und unser guter Vater, der Kaufmann

Heinrich Gröper

im Alter von 52 Jahren. Um jille Teilnahme bitten. Die treuenden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am 3. Dezember, vor mittags 10½ Uhr von der Halle aus statt

Sogl. ein beizbares gutes Logis für 1 oder 2 junge Leute

Schwedenquerstraße 16.

Freundliches Zimmer zu vermieten

Brieftstraße 13, I.

Zu vermieten zu sofort oder später eine Wohnung von 4 Zimmern, Küche und allem Zubehör, Einheit und gr. Hofplatz. Preis 300 Mk.

Bülowstraße 11.

Sofort gejagt ein tüchtiger Schuhmachergeselle.

Aug. Rostock, Bünhausen 14.

Ein neues und ein gebrauchtes Bett und ein guterhaltener Frack-Auzug zu verkaufen

Schildstraße 11.

Ein Bett und Bettstelle für 25 Mark zu vermieten.

St. Annenstraße 12.

In moderner, fast neuer Sportwagen

(weiß) zu verkaufen. Gloriusstraße 20, I.

Mehrere Romane à 100 Helle billig zu verkaufen.

Bülowstr. 13, 2. Et.

Junge Hühner und Geckenküken, beigezeichneten, Karbenz. Bucht, Schlachthühner und Karben, Ziegenleisch Pf. 30 Pfsg. Düritere Querstraße 11.

2 Zugänger zu verkaufen

J. Lübeck, Hakenburg.

Frau Fischbacher, Schneiderin.

Aufzettigung von Damen und Kinder-Garderoben zu soliden Preisen. Rothenstraße 12, b. Getreide.

N.B. Aufträge z. Puppenkleidung für den Weihnachtstisch erhält rechtzeitig.

10 gebr. Fahrräder mit Garantie

Kein Zwischenhandel, v. 35 Mk. an, Männer 5 Mk., Schläuche 2,80 Mk., Gummien von 1 Mk. Neue Räder von 78 Mk.

H. A. Hill, Johannisstraße 9.

Große Reparatur-Werkstatt.

Schöne Meieributter Pf. 1,20

Wadeburger Sauerkohl Pf. 10 Pf.

la. Kirschfest ohne Sprit Fleisch 40 Pf.

Brat- u. Schnittbohnen 2 Pf. d. 35 Pf.

sowie sämtl. Kolonialwaren billig.

Johs. Breede, Dankwartsgrube

37.

Es bittet

auch in diesem Jahre die Innung der Photographen ihre werte Kundschaft, mit Aufnahmen nicht bis kurz vor Weihnachten zu warten.

Beste Aufnahmezeit von 9 bis 2 Uhr.

Spielwaren eingetroffen!

Größte Auswahl, billigste Preise.

Grosse Schaukelpferde

beim Transport etwas beschädigt,

bedeutend unter Preis!

J. Glück, Reiferstr. 19.

Jeder Ehemann sieht heiter

Sonntag an dem Mittagstisch,

Weil die Chefran gekauft hat

Bei Strohfeldt

Billig, gut und frisch!

Prima dünne Rippen Pf. 35 Mk.

Kopf und Bein 20

Prima frische Flossen - 60

Schweineleisch 60

Kindsleisch 50

Kalbsleisch 40

Bestes Schmalz 60

Prima dünne Rippen Pf. 35 Mk.

Kopf und Bein 20

W. Strohfeldt,

Glockengießerstraße 73.

Markthallenstand 14 und 15.

Große Möbel-Auktion

Freitag, 2. Dezember, nachm. 2 Uhr.

Über das gesamte gr. Möbelvorrat

Fischstraße 40, part.

Als Büchergarnit, Mequettgarnit, Taschengarnit, Salongarnituren, reichgezwickte Garnituren, Schreibtische, Bettstößen, Salonschränke,

Spiegelshränke, gr. Trumeaus, Spiegelschränke, gr. Trumeaus, Bettstößen, Waschstische,

engl. Schlafzimmer, Biedermeier, Serviettische, Küchenchränke und verschiedene mehr.

E. Reichel,

Auktionator.

Gelaufte Sachen können frei lagern.

Besichtigung bis zur Auktion

Restaurant

"Zur Wolfschlucht"

Große Burgstraße Nr. 16.

Hente Donnerstag:

Gr. Gänseverschießen.

Uhrang 10 Uhr morgens.

Hans Böth.

Gerhd. R. Hegerfeldt

Lotterie-Kaupt-Kollekte

Lübeck,

Königstraße 85, b. d. Wahmitraße.

Gegründet 1871 — Jubiläum 1172

empfiehlt Glücks-Lose

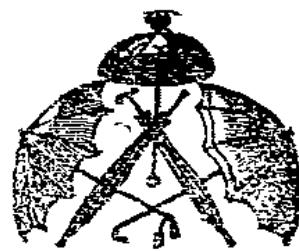
I. Klasse

Hamburger Stadt-Lotterie

Ziehung bereits 15. Dezember.

Schon

Vom 1. Dezbr. bis Ende Dezbr. gebe ich 10% in bar oder doppelt grüne Habattmarken.



Sonnen- und Regenschirm-Fabrik

Eigenes Fabrikat — Solide Ausführung

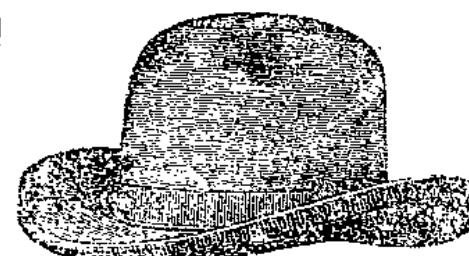
H. Stoppelman

Hütstraße, Ecke Königstraße, nur Eingang Hütstraße
empfiehlt ihr reich assortiertes Lager.

Hervorragende Neuheiten der Saison.

Damen- u. Herren-Schirme von 1.25 Mk. an bis zu den hochlegantesten.
Kinder-Schirme in großer Auswahl.

Werkstatt für Reparaturen und Bezüge.



Kut-Bazar

Königstraße 73, Eingang Hütstraße.
empfiehlt

hochlegante Hüte v. 2.00, 2.50, 3.00, 4.00, 5.00 b. 9.00 M.

Deutsche, engl., ital. Fabrikate, nur moderne Fassons.

Sport- und Segelclub-Mützen in großer Auswahl.

Auf einen Hut von 4.00 Mk. an 1 eleg. Taschen-Spiegel gratis.

H. Stoppelman

nur Eingang Hütstraße.

! Heute und folgende Tage!

Hammelspeis 45 Pf., Köpfe 20 Pf.,
Schnitzsack 10 Pf., Leber 40—60 Pf.,
Fr. Möller, Wakenitzmauer 86.

Arbeiter Bildungsschule Lübeck.

Der Unterricht in Stenographie
fällt umständehalber heute, Donnerstag,
aus.

Der Vorstand.

Achtung! Brauereiarbeiter!

Veranstaltung
am Sonntag den 4. Dezember

nachmittags 3 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 40/42.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung
bekannt gemacht.

Der Vorstand

Konsumverein für Stockelsdorf und Umgegend. E. G. m. b. H.

Ordentliche
General-Versammlung
am Sonntag den 4. Dezember

nachm. 3 Uhr
bei Herrn Paetau in Jackenburg

Tagesordnung:
1. Geschäftsbilanz für das verflossene Halbjahr.
2. Abänderung der §§ 44 und 46.
3. Beschlussfassung des § 14 des Statuts.

Der Vorstand

Einladung zum BALL

der Arbeiter der Firma
Tiedemann & Wendland
am Freitag den 9. Dezember

im lokale des Herrn Borgwardt
„Central-Hallen.“
Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr.
Eintritt 60 Pf., eine Dame frei.

Das Komitee.

Panorama

(Filiale a. d. Passage Berlin).
Breitstraße 53, 1. Etage.

Diese Woche ausgestellt:
Wanderung i. d. interess.
mährischen Schweiz.

Stadt-Theater.

Freitag den 2. Dezember.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
69. Vorstellung. 10. Freitag-Abonnement.
Zum letzten Male bei kleinen Preisen.

Alt-Heidelberg.

Sonntagnachmittag den 3. Dezember. 70. Vorstellung.
Zu der Eröffnung des lgl. Hoftheaters
in München.

Figaro's Hochzeit.

Reichsdeutsche Zeitungen für den gesamten Jäschke der Provinz mit Ausgaben der Städte Lübeck und Rostock und Nachvorgebiete. Vorher der mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen:
Sachsen-Anhalt — Sachsen-Anhaltische Zeitungen für die Städte Quedlinburg und Naumburg und Nachvorgebiete. Vorher die mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt.
Baden: Ludwig Schmid — Brief vom Frieden Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 283.

Freitag, den 1. Dezember 1864.

11 Schilling.

Die Wahlen in den Vereinigten Staaten.

Was bei der Präsidentschaftswahl am 8. November besonders in die Augen sprang, ist — wie dem „Wortwärts“ aus New York geschehen wird — der unvergleichlich starke Stimmenzuwachs der Social Party (Sozialistische Partei) und die eklatante Niederlage der Demokratie, welcher nun mehr unauflöslich der vollständige Zerfall dieser Partei folgen wird. Wer die demokratische Partei schon in den letzten Wahlkämpfen nur äußerlich einheitlich gezogen, so zerren jetzt nach der verlorenen Schlacht die in ihr vereinten heterogenen Elemente nach allen Seiten aneinander. Auseinandergezogen, fusioniert und reorganisiert: so stellt sich die Demokratie vor dem achten November dar. Eine Partei, die von Cleveland, diesem ausgeprägten Typ eines großkapitalistischen Politikers, auf den radikalen Demagogen und Trustöter Bryan und von diesem wieder auf Parker, den Vertreter der „gefunden“, das heißt kapitalistischen Demokratie gekommen war, eine solche Partei verdiente kein anderes Schicksal, als es ihr durch die vierjährige Wahl zu teil geworden ist.

Nun hat Roosevelt sich auf weitere vier Jahre seinen Sieg auf dem Präsidentenstuhl gesichert. Dass er seinen Sieg der Zugkraft des republikanischen Programms zu verdanken hätte, wagen selbst jene nicht zu behaupten, die dieses Programm zusammengetrefft haben. Mit Programmen operierten nämlich höchstens die sogenannten großen Parteien nicht. Verdächtigung und Verunglimpfung des Gegners, Stimmenraus und Wahlbetrug — dies sind ja ungewöhnliche Mittel, mit denen wie stets so auch diesmal gearbeitet und gesiegt wurde. Und Geldmittel zum Stimmkauf standen der republikanischen Partei in unbestimmtem Maße zur Verfügung. Dafür hatte sich Roosevelt den Kapitalisten und Körperschaften mit Leib und Seele verschreiben müssen. Eine weitere Bürgschaft des Erfolges war — das kann nicht gelegnet werden — die Beschränktheit Roosevelts. Nicht dass seine Präsidentschaft eine für das amerikanische Volk segensreiche gewesen wäre oder dass er sich durch eine volksfreundliche Initiative ausgezeichnet hätte. Beides war nicht der Fall. Aber sein Monopolienamt, seine Brüderlichkeit und seine imperialistische Politik schmeichelten dem Durchschnittsamerikaner.

Auch die Arbeiter im allgemeinen machten darin keine Ausnahmen. Sie ließen hinter dem Karren Roosevelts her, wie sie es seit Jahrzehnten bei anderen republikanischen oder demokratischen Kandidaten getan hatten. Selbst die schwachvollen Vorgänge in Colorado, für die zwar Roosevelt nicht direkt verantwortlich zu machen ist, die er aber tatenlos gebuldet hatte, vermochten keiner Umlaufung herbeizuführen.

Wie eingangs erwähnt, ist der Fortschritt der Sozialistischen Partei eine der Bedeutungen, wenn nicht die bedeutsamste Erscheinung bei der stattgehabten Wahl. Der Präsidentschaftskandidat Debs erzielte eine Stimmenzahl von zirka 600 000. Genaue Zahlen aus allen Teilen der Union liegen noch nicht vor, sind auch vor der amtlichen Stimmenzählung nicht zu erwarten. Dazu kommen vielleicht 20 000 oder 30 000 Stimmen der Socialist Labour Party (Sozialistische Arbeiter-Partei) De Leon'scher Färbung.

Mehrere Genossen mög die Stimmenzahl der Sozialistischen Partei bei einer Gesamtwählerzahl von 20 000 000 nicht allzu hoch erscheinen. Eine andere Bedeutung aber erhalten die Wahlergebnisse, wenn man bedenkt, dass des Boten der Partei bei der Präsidentschaftswahl im Jahre 1900 nur 97 730 hielten. Optimisten erwarten angesichts der Vorgänge in Colorado, angesichts der Deangulierung der Arbeit bei Streit, angesichts der offenen Parteinaufnahme aller sozialen Mächte gegen die Arbeiter einen weit größeren

Erfolg der Partei. Aber bei diesen Erwartungen hatte man doch allzu sehr die politischen Traditionen der Arbeiter und die von ihnen bisher geübten Methoden außer acht gelassen. Dürfen wird es beispielweise geradezu unglaublich erscheinen, dass in dem ganzen Staate Colorado — wir bleib bei diesem Schulbeispiel — wo der oberste Staatsbeamte, der Gouverneur, die Militärgewalt und die Gerichte sich verbündeten, um alle gerannten Rechte mit Füßen zu treten und eine Schreckenherrschaft zu proklamieren und durchzuführen, die Sozialistische Partei ihre Stimmenzahl trotz geschickter Agitation nicht nur nicht erhöhte, sondern an Stimmen zurückgegangen ist. Und doch erscheint diese Tatsache durch die eigenartigen politischen Verhältnisse erklärlich. Politik in Deutschland und Politik in Amerika sind zwei ganz verschiedene Dinge. Hier bedeutet sie Macht. Den Kandidaten einer politischen Partei durchzubringen ist gleichbedeutend mit der Einführung und der Durchführung der von ihm vertretenen politischen Auffassung. Nun gehörte der seitherige Gouverneur des Staates Colorado, Peabody mit Namen, der republikanischen Partei an. Mit seinem Namen sind alle die entsprechenden Gewalttaten verknüpft, welche in jenem Staate gegen die Gewerkschaften verübt wurden. Als nun am 8. November über die Wahl eines neuen Gouverneurs entschieden werden sollte, da glaubten die Arbeiter, die Wahl des sozialistischen Gouverneurs-Kandidaten nicht durchsehen zu können. Aber dem Gouverneur Peabody wollten sie unter allen Umständen eine Niederlage bereiten. Und da es keine Stichwahlen gibt, die Wähler über Stimmenzusplitterung verhindern wollten, so stimmten sie für den demokratischen Kandidaten, der denn auch erwählt wurde. Die weise erzielte Roosevelt und der übrige republikanische Stimmzettel in Colorado eine Majorität.

Ahnlich liegen die Dinge im Staat Massachusetts, wo gleichfalls der demokratische Gouverneurskandidat mit über 30 000 Stimmen Mehrheit erwählt ward, während Roosevelt im Staat 80 000 Stimmen mehr erhielt als Parker. Auch in Massachusetts fielen auf die Sozialistische Partei weniger Stimmen als bei den letzten Wahlen (gegen das Jahr 1900 ist indessen eine Zunahme zu verzeichnen) und außerdem wurden unsere bisherigen Vertreter in der Staatslegislatur nicht wiedergewählt.

So unerträglich der Stimmensieg in Colorado und Massachusetts ist, um so erfreulicher waren die Folge der Sozialistischen Partei in anderen Staaten und namentlich in den Weststaaten. So wurden in Chicago im Staat Illinois 44 331 Stimmen abgegeben und zwei Sozialisten in die Staatslegislatur gewählt. Unsere Stimmenzahl im ganzen Staat Illinois beträgt ungefähr 100 000 gegen 9687 im Jahre 1900.

Sehr gut hat sich Milwaukee und die größte Stadt dieses Staates, das durch seine Brau-Industrie bekannte Milwaukee gehalten. Die Partei erzielte im Staat 45 000 (gegen 7095 im Jahre 1900) und in der Stadt Milwaukee allein 18 362 Stimmen. Milwaukee sah die Sozialisten in die Staatslegislatur und außerdem einen Genossen in den Staatsrat. Die Delegaten Berger und Chlordin, die für den Bundesvorstand kandidierten, erhielten mehr Stimmen als ihre demokratischen Gegner, wenn auch die Republikaner ihnen etwas voraus waren.

In mehreren Bezirken Milwaukees vereinigten sich Republikaner und Demokrat, um den Sieg der Sozialisten zu verhindern.

Auch der östliche Industriestaat Pennsylvania hat sehr gut abgeschnitten und seine Stimmenzahl von 4831 im Jahre 1900 auf zirka 25 000 erhöht.

In der Stadt Newark wurde für Debs 25 000 abgegeben, im gleichnamigen Staat an die 40 000.

Großartig hat sich der im äußersten Nordwesten gelegene Staat Washington entwidmet, wo die Stimmenzahl innerhalb vier Jahren von wenigen Hundert auf 15 000 exponenziellte.

Auch California hielt sich wader und brachte 30 000 Stimmen auf.

Im Gegensatz zur Sozialistischen Partei ist die Stimmenzahl der Sozialist Labour Party (Sozialistische Arbeiterpartei) im ganzen Lande zurückgegangen. In New York erhielt diese Partei ebenfalls nicht einmal die genügende Stimmenzahl, um fernerhin auf den amtlichen ausgegebenen Stimmzetteln erscheinen zu können.

Hassen wir das Gesamtergebnis der Wahl zusammen, so dürfen die Genossen mit Genugtuung auf ihren Erfolg blicken. Es gilt nur, die Masse der Wähler der Organisation zuzuführen, auf daß sie nicht den Lockungen demagogischer Politikanten verfallen, die nach der Niederlage der Demokraten mit der Bildung einer „neuen, reformierten und arbeiterfreundlichen Demokratie“ treiben gehen.

Soziales und Parteiliches.

Streiks und Lohnbewegungen. Die in der Schlossfabrikation in Velbert beschäftigten Arbeiter erfreuen die Einführung von Tarifen. — Die Schlosser der Hefsfabrik von Kreift in Gevelsberg i. W. feiern in Streik. Die Firma wollte eine neue Produktionsmethode einführen, die nach Ansicht der älteren Arbeiter deren Stellen bedrohte. Die Streikenden sind zum größten Teil Streik-Dunderkerne. — Die Glasarbeiter in Charlottenburg schlossen die Abrechnung aller Unterhandlungen mit den Unternehmern und die Fortsetzung des Streiks bis zum 1. Mai n. J. Unterstützungs geld laufen aus Frankreich, Belgien und Italien ein.

Die Abschaffung des Märschzuges wurde am 24. November in einer Versammlung der Vereinigten Gewerkschaften Stuttgart beschlossen. Die „Schwäb. Tagwacht“ berichtet über die Sitzung: In der Septembertagung war nach einer Abstimmung über diese Frage den Gewerkschaften aufgegeben worden, sich häufig zu versammeln, ob künftig an der Abhaltung eines Märschzuges festgehalten werden solle, trotzdem sich die Beteiligung jährlich verminderne. Über die Stellungnahme der Gewerkschaften hierzu erstaute nunmehr die Delegierten Bericht. Darach haben sich die Breuer, Holzarbeiter, Schneider und Schuhmacher für die Beibehaltung des Märschzuges ausgesprochen. Für Beibehaltung derselben erklärten sich entgegen die Bildhauer, Buchdrucker, Chemiker, Glaser, Graveure, Industriearbeiter, Hutmacher, Lithographen, Maler, Maschinisten, Müller, Metallarbeiter, Portefeuillier, Sattler, Steinmäurer, Tafelarbeiter. Die Handels- und Transportarbeiter, Müller, Steinmäurer, Tapetizer, Typographen und Zimmerer haben bisher noch keine Stellung genommen; die übrigen Gewerkschaften waren unvertreten. In der ausgebildeten Diskussion sprachen u. a. die Genossen Müller, Koch, Eberle, Peter und Werner für die Beibehaltung, während Fellenhagel, Schneidersburger, Voigt, Barthel usw. für Beibehaltung eintraten. Ja namentlicher Abstimmung wurde sodann mit 34 gegen 20 Stimmen der Antrag des Vorstandes, den Märschzug künftig in Fortfall kommen zu lassen, zum Beifall erhoben. — Die Verminderung der Beteiligung an den Umzügen dürfte wohl in der Hoffnung darauf zurückzuführen sein, daß in den in Betracht kommenden Gewerkschaften nicht die nötige Propaganda entfaltet werden ist. Im Übrigen sind wir der Meinung, daß es die Pflicht der Stuttgarter Gewerkschaften war, zunächst den Beschluss des Gewerkschaftsvertrages in dieser Sache abzuwarten.

Plack als Konsumvereinstöter. Die von der Großindustrie-Gesellschaft geplante Seifenfabrik und der Wiener Konsumverein haben es Herrn Plack, dem national-überalen Kandidaten in Calbe-Löcknitz geben, angekündigt. Einen neuen Beweis seiner Feindschaft dem Konsumverein gegenüber hat Herr Plack dadurch erbracht, daß er den Vorsitzenden desselben, der bei ihm in Arbeit steht,

Plack soll Ida die schlüpfrigen Felsenfelsen hinauf, und beide sagten sich vergebens nach Guta um. Sie hat Besuch bekommen“, sagte der Schaffner, der lachend herbeikam, „und mag vor Schreck wohl das Gehör verloren haben.“

„Welchen Besuch?“ fragte Ida.

„Da sitzt er an der Tür“, antwortete der Mann. „Sieh hin, Jungfrau. Du wirst ihn erkennen.“

„Apropos!“ rief Helgestad, der hinter ihnen war. „Was will der alte Scheiß? Könnest du riechen, wenn ich ihn nicht sähe.“

„Ist seltsam in dieser frühen Jahreszeit, Vater.“ sagte Ida. „Was kann es sein?“

Nils zog die Stirnfarben zusammen und ging mit großen Schritten weiter. „Weiß es nicht“, murmelte er, „will aber gehängt sein, wenn das Ungeziefer Gutes bringt.“

Sie näherten sich dem Hause, und Morstrand betrachtete neugierig den Mann, deinen Namen er schon so oft gehört hatte. Zusammengekrümmt und den Kopf niedrig geneigt saß der grelle Hirt auf der Bank neben der Tür. Ein brauner Kittel von grobem Webzeug hülle seinen anscheinend hinfälligen Körper ein, darüber trug er einen offenen Pelz von Steinmäusen und eine Kappe von gleichem Stoff, die er abgenommen und auf seine Knie gelegt hatte. Seine beiden mageren, schenkbaren Hände umfassten einen langen Stock, dessen scharfe Eckenspitze am Boden glänzte. Seine Füße aber lagen zwei kleine gelbottige Hunde, deren wachsame Blicke sich bald auf ihren bewegunglosen Gebieter, bald auf die nahenden Fremden richteten, die sie mit leisen Knurrern empfingen.

„Er blieb den Kopf in die Höhe, und eine demütige Freude lebte durch sein verwittertes Gesicht, das mit tiefer Falten und Runzeln bedeckt war. Haar ergrautes Haar fiel in Büscheln auf seine niedrige Stirne, seine Nase war wangenartig platt, seine Zähne ungewöhnlich lang, schief und weiß-

Afraj.

Ein nordischer Roman von Th. Hob. Müggel.

(15. Fortsetzung.)

Morstrand hatte Mühs, ein loutes Gesäßtier zu unterdrücken, aber in der Gemeinde ließ sich ein befülliges Grunzen hören, und niemand schenkt Aufsicht an den Ermahnungen des Pfarrers zu nehmen. Die Geldbeutel wurden gezogen, und mit großen Specktalettern wurde gesloppt. Einer saß auf die Finger des andern und moch seine Gaben danach ab. Morstrand bemerkte, dass ein Weitwirer im Geben entstand, und seine Lustigkeit ließ sich nicht länger zurückhalten, als er sah, dass auch Ida ihre Tasche hergeholt und eine reiche Spende in den Opferstock lebte, neben welchem der Geistliche mit dunklem Grinsen stand.

„Auch du hast dein Gemüt von dem Segen des frommen Henrich erwischen lassen,“ sagte er spöttisch, als sie beide hinausgingen.

„Glaubst du, dass ich unrecht tat?“ fragte sie mit dem strafenden Lächeln, das sie so oft für ihn hatte. „Gesthe, dass du ein leichtfertiger Mann bist.“

„Leichtfertig! Warum?“

„Hast du die Predigt gehört? Hast du nicht lieber in alle Stühle und Winkel der Kirche geblickt, statt deinen Sinn zu sommeln und zu bedenken, dass Gottes Hilfe dir nötig ist auf deinen Wegen? Du spottest über Henrich Sture und für immerst dich nicht um unser Urteil. Du solltest wissen, dass es in Norwegen Sitte und Gesetz ist, dreimal im Jahre dem Priester zu opfern, der daraus den größten Teil seiner Einkünfte zieht. Du wirst noch mancherlei dänisches leichtes Leben müssen, lieber Herr, wenn du willst, dass ich unrecht habe soll.“

Morstrand sah sie sich zu entschuldigen, und Ida ging verächtlich mit ihm umher und hörte wohlgefällig zu, als er in hässlicher Weise Gespräche entläufte, Fragen beantwortete

und möglicherweise Beifall erwarb. Es dauerte lange, ehe an die Rückfahrt gedacht wurde, denn nach nordischer Sitte standen neben der Kirche eine Anzahl Kirchenhäuschen, d. h. Hütten von starken Böhlen gebaut, die den verschiedensten arbeitsamen Familien gehörten, welche an schlanken Tagen dort Zuflucht fanden und zweitens wohl gar eine Stadt darin zu bilden müsseten, wenn ein plötzlicher Orkan, ein Schneewehen oder anderes gefährliches Wetter die Kirchfahrt überwarf. Heut aber war der Tag so mild und sonnig geworden, dass alle Familien auf dem Kirchplatz beisammen saßen, wo junge Grasspuren aus dem gesäuberten Boden sprangen, und unter Glücks- und Scherzen das mitgebrachte Frühstück verzehrt wurde. Die jungen Leute sprachen von der freien Zeit, wo es leicht war, sich Besuch zu machen, wo das Frühlingsfest hier gefeiert ward und am Mitternacht im Sonnenschein getanzt wurde. Die Alten saßen beisammen und kaskallierten, wie die Bergensfahrten in diesem Jahre ausfielen möchten, bis endlich doch das letzte Glas geleert war, und die Boote mit den Kirchfahrern sich nach allen Richtungen zerstreuten.

Der Wind blies voll in das große Segel, das Helgestad aufzuladen ließ, Ruder waren nicht nötig, der schnelle Kutter schoß Schaum über seine Buge werfend den Fjord hinab.

„War eine schöne Predigt und ein wacker Tag,“ sagte Helgestad, als alles im Gange war, und wie Henrich Sture prächtig bekommen. Nimmt seine Tasche voll Silber mit nach Hause, wie es ihm lange nicht geschehen ist. Naß! Glück für ihn, dass die Herzen obre Sorgen vor Sturm und Schneewehen sind, gibt da mancher mehr, als er morgen gut möchte.“ — Er blickte zum Himmel hinauf, der mit langen Streifen bedeckt war und mochte ein pflanziges Gesicht, das erraten ließ, er sei klüger gewesen, als viele seiner Nachbarn, von denen er seinem Gäste nun allerlei Ratschläge mache, bis endlich das große Boot wohlbehüten an das Beckhaus von Derndales stieß.

